Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. in der Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15 Postbezug für Monat April 2,25 R.-M. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1,50 R.-M., Ausland 1,25 R.-M. **Einzelnummer 10 R.-Pf.**, außerhalb Groß-Dresdens **15 R.-Pf.**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20021, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 96 — Donnerstag, 25. April 1929 — XXXVII. Jahrg.

Neue Phase der Abrüstung zur See?

Einberufung einer Flottenkonferenz im Herbst vom Ausgang der englischen Wahlen abhängig — Auseinandersetzung zwischen dem Kanzler und dem Grafen Westarp

Der Ausweg

Die gestrige, mit außerordentlicher Spannung erwartete Vollsitzung der Sachverständigenkonferenz hat das Aeußerste vermieden. Wie wir gestern noch im größten Teile unsrer Auflage berichten konnten, einigte man sich darauf, zunächst einen neuen Unterausschuß zu bilden, der sozusagen die Bilanz der bisherigen Arbeit ziehen soll. Damit ist wenigstens der Fortbestand der Konferenz vorläufig gesichert worden. Ob die Hoffnung, die Arbeit des Sichtens werde auch in den Differenzpunkten zu einer Annäherung oder gar Einigung führen, sich erfüllen wird, vermag niemand zu sagen. Die Beurteilung der weiteren Aussichten der Konferenz ist, wie aus unsern Telegrammen hervorgeht, außerordentlich verschieden. Jedenfalls dürfte damit zu rechnen sein, daß die Sachverständigen, die ihre Meinungsverschiedenheiten allzusehr dem grellen Licht der Oeffentlichkeit ausgeliefert sahen, nun für eine Weile in eine stille Klause sich zurückziehen. Daß sie den ernsthaften Willen haben, trotz allen politischen Leidenschaften, die bei dem Reparationsproblem noch immer eine allzu große Rolle spielen, zu einem sachlichen Ergebnis zu kommen, dafür ist jener Beschluß wenigstens ein deutliches Zeichen. Freilich ist das vorläufig auch das einzig Erfreuliche an dem gefundenen Ausweg. Alles andre wird man erst abwarten müssen.

•

Die Aufgabe des neuen Ausschusses

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris**, 24. April

Der Ausschuß, den die gestrige Vollversammlung beschlossen hat, wird aus sieben Sachverständigen der beteiligten Länder bestehen. Diese werden, ihrer Aufgabe gemäß, einen Schlußbericht über die bereits geklärten Fragen entwerfen.

Die Hauptpunkte dieses Schlußberichts sind: 1. Die Organisierung der internationalen Zahlungsbank. 2. Die Prüfung verschiedener wirtschaftlicher und finanzieller Vorschläge, die der internationalen Bank eine möglichst breite Kreditfähigkeit sichern sollen. 3. Die Sachleistungen. 4. Die Festlegung des Verhältnisses zwischen dem transfergeschützten und dem nicht geschützten Teil der deutschen Jahresleistungen. 5. Die Mobilisierungsfrage.

Wie man sieht, räumt der gestrige Konferenzbeschluß den Besprechungen über die Zahlen einen viel breiteren Raum ein, als in dem offiziellen Communiqué zugegeben wurde. Punkt 3 und 4 lassen erkennen, daß die Zahlen durchaus einen Bestandteil des Schlußberichts bilden sollen. Man hofft also auch in Konferenzkreisen, während der Redaktion des Schlußberichts noch zu einer Einigung über die Zahlen zu gelangen.

Um jedoch die Ausarbeitung des Berichts nicht zu sehr zu belasten oder zu verzögern, wahrscheinlich auch, um zu ruhigen Besprechungen mehr Spielraum zu haben, ist für die Behandlung der unter Punkt 3 und 4 erwähnten Fragen ein Sonderkomitee geschaffen worden, das noch einmal eine Verständigung zwischen den Gläubigergruppen und der deutschen Gruppe suchen soll. In diesem Komitee wird Owen Young neue Vermittlungsvorschläge machen. Es ist auch anzunehmen, daß die Gläubiger den Boden ihres Memorandums verlassen werden.

•

Fühlbare Entspannung

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris**, 24. April

Der Beschluß der Sachverständigenkonferenz, die Arbeiten auf jeden Fall fortzusetzen, rief eine nicht zu verkennende Entspannung und ein Abflauen der pessimistischen Stimmung hervor. „Die Konferenz dauert fort", sagte Owen Young den Journalisten, die zum erstenmal aus dem Munde des amerikanischen Vorsitzenden einige Worte vernahmen. „Es ist Zeit geworden", setzte ein andrer amerikanischer Telegierter hinzu, der die Pressevertreter der jenseits des Atlantic erscheinenden Blätter zu informieren hat. Auf die Frage, ob man die Aussichten der wiederaufgenommenen Besprechungen günstig beurteilen könne, erwiderte der amerikanische Sachverständige: **„Wir sind Optimisten. Sonst würden wir nicht mehr hier sein."**

Dem in amerikanischen Kreisen herrschenden Optimismus steht vorderhand die sehr skeptische Beurteilung in französischen Kreisen schroff gegenüber. **Auch in der deutschen Delegation sieht man noch keinen Hoffnungsschimmer.** Dr. Schacht hatte während des ganzen Nachmittags Besprechungen mit den Vertretern der Gläubigergruppen und schien über eine Aussprache mit Owen Young befriedigt zu sein. Man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß die Sachverständigenkonferenz wieder zu ihrer die Oeffentlichkeit scheuenden geheimnisvollen Arbeit zurückkehren wird.

„Wir wollen nichts überstürzen"

Antwort der britischen Admiralität an Amerika

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

London, 24. April. (Durch United Preß)

Der erste Lord der britischen Admiralität, William Bridgeman, gewährte der United Preß ein Interview, in dem er seine Stellungnahme zu den neuen Genfer Abrüstungsvorschlägen des amerikanischen Delegierten Gibson darlegte. Er erklärte: „Wenn die Hand, die uns Amerika durch Gibson bietet, allgemein in dem Geiste angenommen wird, in dem ich sie annehme, dann bestehen meiner Ueberzeugung nach die allerbesten Hoffnungen für die Zukunft. Es scheint mir, daß Gibsons Rede tatsächlich eine Basis darstellt, auf der eine Einigung erzielt werden kann. Auch ich habe schon wiederholt der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß zwei Großmächte, wie die Vereinigten Staaten und England, von denen keine einen Krieg wünscht, zweifellos zu einem Einverständnis gelangen können, wenn sie nur einander Vertrauen schenken und keine großen Flottenrüstungen gegeneinander unternehmen. Denn Abrüstung kann leichter durch gegenseitiges Vertrauen als durch mathematische Tabellen erreicht werden. Seitdem ich selbst in Genf gewesen bin, ist mir die Gefahr mühsam ausgearbeiteter Formeln um so mehr zum Bewußtsein gekommen, je mehr ich über die großen Schwierigkeiten nachgedacht habe, die sich ergeben, wenn es sich darum handelt, die zahlreichen ausländischen Mächte zu einer Einigung über diese Formeln zu bringen, ohne eine ungesunde Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens zu schaffen. Es scheint widersinnig, ganze Nationen für immer an Zahlen binden zu wollen, ohne die möglichen Aenderungen ihrer Kaufkraft, ihrer Bevölkerungszahl, ihrer wirtschaftlichen Stärke in Betracht zu ziehen. Im übrigen kann ich feststellen, daß der Ton der Rede Gibsons von der Admiralität bewillkommnet worden ist. Allerdings glaube ich persönlich, daß Gibsons Vorschläge mit viel größerer Wahrscheinlichkeit ein Resultat zeitigen werden, wenn wir uns bei ihrer Durchführung nicht zu sehr überstürzen. Offen gesagt, glaube ich, daß diese Dinge mit ein wenig Ueberlegung viel besser gehandhabt werden können."

•

Kabinettsrat in London

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. **London**, 24. April

Das englische Kabinett wird sich heute mit dem neuen amerikanischen Angebot in der Flottenfrage befassen. Die Haltung der Regierungsstellen läßt bereits erkennen, daß grundsätzliche Uebereinstimmung mit den Erklärungen des amerikanischen Delegierten Gibson in Genf besteht. Dies bezieht sich sowohl auf die politische Seite der Angelegenheit, die als „Ausbau des Kelloggpaktes" formuliert wird, als auch auf den Grundsatz, daß über die Begrenzung des künftigen Schiffsbaues hinaus eine Verminderung der gegenwärtigen Bestände wünschenswert ist. Schwieriger ist jedoch, wie der diplomatische Korrespondent der „Times" erfährt, denken die amerikanischen Regierungskreise nicht an eine baldige Einberufung einer Flottenkonferenz und haben auch durchaus nicht die Absicht, von der Forderung der Flottengleichheit zwischen Amerika und England abzugehen. Es wird vorläufig lediglich die „Ausarbeitung einer neuen Formel" angeregt, die zur Feststellung der Kampfstärke der einzelnen Flotten neben der Tonnage „noch fünf oder sechs andre Faktoren" in Betracht zieht.

Der Korrespondent macht ferner die wichtige Feststellung, daß in amerikanischen Regierungskreisen die Erklärung Gibsons in Genf als **Beginn einer neuen Periode in den Beziehungen zwischen Washington und dem Völkerbund betrachtet wird.** Man glaube dort, daß die Periode der „vorsichtigen Zusammenarbeit", in der die Vorsicht deutlicher zutage trat als die Zusammenarbeit, vorüber sei und daß die Vereinigten Staaten in Zukunft den Völkerbund in der Praxis, wenn auch nicht der Form nach, als die gegebene Institution zur Führung internationaler Verhandlungen anerkennen würden.

Wird heute immerhin einiges Wasser in den Wein der Genfer Erklärungen geschüttet. Wie der diplomatische Korrespondent der „Times" erfährt, denken die amerikanischen Regierungskreise nicht an eine baldige Einberufung einer Flottenkonferenz und haben auch durchaus nicht die Absicht, von der Forderung der Flottengleichheit zwischen Amerika und England abzugehen. Es wird vorläufig lediglich die „Ausarbeitung einer neuen Formel" angeregt, die zur Feststellung der Kampfstärke der einzelnen Flotten neben der Tonnage „noch fünf oder sechs andre Faktoren" in Betracht zieht.

Der Korrespondent macht ferner die wichtige Feststellung, daß in amerikanischen Regierungskreisen die Erklärung Gibsons in Genf als **Beginn einer neuen Periode in den Beziehungen zwischen Washington und dem Völkerbund betrachtet wird.** Man glaube dort, daß die Periode der „vorsichtigen Zusammenarbeit", in der die Vorsicht deutlicher zutage trat als die Zusammenarbeit, vorüber sei und daß die Vereinigten Staaten in Zukunft den Völkerbund in der Praxis, wenn auch nicht der Form nach, als die gegebene Institution zur Führung internationaler Verhandlungen anerkennen würden.

Ein Vorarlberger muß es sein!

Der neue Wiener Kanzlerkandidat

Telegramm unsres Korrespondenten

id. **Wien**, 24. April

Der von der Christlichsozialen Partei zum Bundeskanzler ausersehene Landeshauptmann von Vorarlberg, Dr. Ender, ist nunmehr von der ihm angetragenen Kandidatur endgültig zurückgetreten, und zwar **unter dem Vorwand, er könne wegen der Erkrankung seiner Frau den Zeitpunkt, an dem er zu Verhandlungen mit den andern Parteien nach Wien kommen könne, zur Zeit nicht bestimmen.** Da sich jedoch die Christlichsozialen in den Kopf gesetzt haben, es müsse diesmal ausgerechnet ein Vorarlberger an die Spitze der Staatsgeschäfte treten, proklamieren sie jetzt den Finanzreferenten der Landesregierung Vorarlbergs, den Gymnasialprofessor Dr. Mittelberger zum Kandidaten. Der neue Anwärter trifft heute in Wien ein, um mit den Mehrheitsparteien, den Großdeutschen und Landbündlern, zu verhandeln und dann wohl auch mit der Opposition in Fühlung zu treten. Dr. Mittelberger ist natürlich ein Verlegenheitskandidat und es ist fraglich, ob er, der in Wien und in dem übrigen Oesterreich außer Vorarlberg ein ganz unbekannter Mann ist, die Möglichkeit finden wird, sich bei den bevorstehenden Verhandlungen in dem komplizierten Parteiwesen Oesterreichs zurechtzufinden. Von mancher Seite wird er als Platzhalter Dr. Enders angesehen, bis dieser von Bregenz abkömmlich ist. Jedenfalls wird seine Kandidatur von allen Parteien, insbesondere von den Koalitionsparteien, mit großer Zurückhaltung aufgenommen.

Staatsstreichpläne

Aus den Tagen Caprivis

Im Verlag Cotta in Stuttgart erscheint ein Buch des Marburger Privatdozenten Egmont Zechlin, das „ein Spiegel unsrer krisenhaften Tage" sein will. „Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890, 1894" ist sein Titel. Es bringt eine stattliche Reihe bisher unbekannter Dokumente. Aus ihnen zieht der Verfasser den Schluß, daß Bismarck vor seinem Sturz tatsächlich die feste Absicht gehabt habe, die von ihm geschaffene Reichsverfassung gewaltsam umzuwerfen, daß ihm hierin jedoch der junge Kaiser nicht gefolgt sei, und daß dann vier Jahre später der Kaiser seinerseits solche Staatsstreichpläne verfolgt habe, unterstützt von deutschen Bundesfürsten, und daß hiergegen sich der zweite Reichskanzler Caprivi zur Wehr gesetzt habe. Dies habe zu Caprivis alsbaldigem Sturz beigetragen.

Von besonderem Interesse ist der Bericht, den Botho Eulenburg am 8. September 1894 an den Reichskanzler Caprivi richtet: Vorangegangen war die Rede des Kaisers im Königsberger Schloß, die mit dem Rufe schloß: „Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes."

Ueber Eulenburgs Bericht, der auf des Kaisers eigenen Mitteilungen fußt, heißt es in der Darstellung Zechlins:

„Der Kaiser hielt eine, vielleicht auch

mehrere Reichstagsauflösungen unter der Parole des Kampfes gegen die Umsturzparteien

nicht für aussichtslos. Nun machte ihn Botho Eulenburg „auf die möglichen Konsequenzen und den ganzen Ernst" eines solchen Vorgehens aufmerksam und bat auch, daß die Entscheidung nicht getroffen werde, ohne daß der Reichskanzler gehört werde, eventuell in Gemeinschaft mit ihm. Der Kaiser gab das zu, doch wurden die Besprechungen in Königsberg fortgesetzt, wo

König Albert von Sachsen

und dann auch König Wilhelm von Württemberg zur Teilnahme an den Manövern Quartier nahmen. In diesen Konferenzen, die bald zwischen den Fürsten auf dem Manöverfelde, bald auf Veranlassung des Kaisers zwischen dem König von Sachsen und Botho Eulenburg geflogen wurden, war der Plan nun auch für den Fall geklärt worden, daß wiederholte Reichstagsauflösungen nicht zum Ziele führten. König Albert, den das Anwachsen seiner Sozialdemokraten besonders beunruhigte, erklärte, und zwar — wie der Kaiser berichtet — in voller Deckung mit seinen eigenen Ansichten, „daß, wenn der Reichstag sich wiederholt gegen Maßnahmen zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft ablehnend verhalte, er seine Existenzberechtigung verwirkt habe. Es sei dann der Moment gekommen, wo die Bombe platzen müsse und

der Bundesrat (d. h. die deutschen Fürsten) ein neues Wahlgesetz einbringen bzw. oktroyieren müßten.

Mit andern Worten die ultima ratio, ein coup d'état. Die ordnungsliebenden Teile des Volkes, deren Angst vor der Revolution täglich zunehme, würden einen solchen als eine Erlösung begrüßen. Er stehe mit seinen Sachsen vollkommen zur Verfügung des Kaisers und hege nicht den geringsten Zweifel, daß der Bundesrat in toto dafür zu haben sei. Und als der Kaiser auf Bayern fragend anspielte, erwiderte der König: Bestimmt auch Bayern, dafür werde er schon sorgen; so könne es nicht mehr weitergehen. „Ich konnte mich nur mit allem einverstanden erklären', wiederholte der Kaiser in seinem Bericht. König Wilhelm von Württemberg aber fand auch das Stichwort zur Beschwichtigung etwaiger Gewissensbedenken: niemand von den Fürsten habe die Reichsverfassung beschworen, also könne sie geändert werden!"

Reichskanzler Caprivi brachte den telegraphischen Bericht über diesen Meinungsaustausch zwischen dem Kaiser und den Königen in einer auf den 12. Oktober 1894 einberufenen Ministerratssitzung zur Verlesung. Er, der alte General, erklärte sich auf das entschiedenste gegen alle solche Pläne. „Er würde schon den ersten Schritten seine Mitwirkung versagen", heißt es in dem hier zum ersten Male veröffentlichten Bericht über diese Ministerratssitzung.

Das von Egmont Zechlin zusammengetragene **Material eröffnet außerordentlich lehrreiche Einblicke**